

Bundesministerium für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Frankfurt, 16.01.2008

Ausstellung „Sonderzüge in den Tod – die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn“ - ein offener Brief an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung

Sehr geehrter Herr Bundesminister Tiefensee,

am 23. Januar werden Sie gemeinsam mit Frau Knobloch vom Zentralrat der Juden, mit Frau Suckale vom Vorstand der Deutschen Bahn AG, mit Frau Klarsfeld und den Herren Rose und Simon die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ in der „Passerelle“ des Bahnhofs Berlin Potsdamer Platz eröffnen.

Damit wollen Sie Ihr Versprechen vom Oktober 2006 einhalten, eine solche Ausstellung zu diesem Thema konzipieren und „eine Eröffnung am 27. Januar 2008 [Anm.: dem Tag der Befreiung des Vernichtungslagers in Auschwitz] anzustreben“ (Süddeutsche Zeitung vom 25.10.2006). Auch versuchen Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, es sei Ihnen gelungen, die Deutsche Bahn AG für dieses Vorhaben zu gewinnen und die bisher seitens des Bahnvorstands praktizierte Weigerung, die Rolle der Reichsbahn im NS-Regime öffentlich und angemessen zu thematisieren, zu beenden.

Tatsächlich ist die Eröffnung dieser Ausstellung ein Fortschritt. Erstmals gibt es damit von offizieller Seite eine gebührende Hervorhebung der verbrecherischen und aktiven Rolle der Reichsbahn im NS-Regime und bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma. Allerdings bleiben kritische Fragen:

1. Sie sagten im Oktober 2006 im SZ-Interview: „Der Nationalsozialismus war eine Diktatur, die sich im Alltag abgespielt hat und die vom Alltag getragen wurde. [...] Diktatur ist also eine öffentliche Angelegenheit. Auch die Deportation von Kindern hat sich an ganz öffentlichen Orten abgespielt, an Bahnhöfen. Deshalb gehört die Erinnerung an die gleichen Orte, auf die Bahnhöfe.“ Bahnchef Hartmut Mehdorn, der mehr als zwei Jahre lang gegen ein von der Deutschen Bahn AG mit getragenes Erinnern kämpfte, weigerte sich vor allem, die Bahnhöfe für eine solche Ausstellung zu öffnen. Die Eröffnung der Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ findet nun im Umfeld eines Bahnhofs statt, nicht auf einem Bahnhof.

Wir fragen Sie: Wird die Ausstellung nun auf deutschen Bahnhöfen gezeigt? Wird Sie an diesen Stätten des grausamen Alltags präsentiert werden, wie von Ihnen 2006 angekündigt?

...

2. Ausgangspunkt Ihrer Aktivität ist die Initiative Fils et Filles des Deportés Juifs de France (FFDJF) und deren bereits 2004 realisierte Ausstellung über die Rolle der französischen Staatsbahn SNCF und der Deutschen Reichsbahn im Holocaust. Diese Ausstellung wurde inzwischen in zwei Dutzend großen französischen Bahnhöfen gezeigt. Seit November 2007 rollt ein „Zug der Erinnerung“ durch deutsche Städte und deutsche Bahnhöfe. Dieser orientiert sich an der ursprünglichen Ausstellung aus Frankreich, zu deren Zustandekommen Beate Klarsfeld und Serge Klarsfeld maßgeblich beigetragen haben, und wird vor Ort jeweils durch ein Erinnern an die lokale NS-Geschichte konkretisiert. Doch dieser „Zug der Erinnerung“, der von einem breiten, bundesweiten Bündnis getragen und vor Ort durch immense ehrenamtliche Arbeit ermöglicht wird, wird an fast allen Orten, zu denen er fährt oder fahren soll, durch die Deutsche Bahn AG erheblich behindert. Ihr Ministerium verweigert bisher die erforderliche Unterstützung. Als dieser Zug beispielsweise am 26. November in Esslingen Station machte, verwiesen die Initiatoren darauf, dass auch Sie in einem Brief jede Unterstützung für den „Zug der Erinnerung“ abgelehnt hatten.
- Wir fragen Sie: Wird mit der Eröffnung der Ausstellung die Abwehr- und Blockadehaltung der Deutschen Bahn AG gegen die französische Organisation FFDJF und gegen den „Zug der Erinnerung“ aufgegeben?**

Der „Zug der Erinnerung“ darf nicht mit Trassengebühren belastet werden. Das Erinnern ist Teil der erforderlichen Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Eisenbahn. Es muss vom Unternehmen Deutsche Bahn AG unterstützt und gefördert werden, so wie zuvor deutsche Konzerne wie die Volkswagen AG und der Daimler AG sich aktiv und finanziell für eine Aufarbeitung der eigenen Rolle in der NS-Diktatur engagierten bzw., nachdem vergleichbare Initiativen Druck machten, engagieren mussten.

Sie, Herr Bundesminister, vertreten den Eigentümer der Deutschen Bahn AG, den Bund. Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass sich die Unternehmensführung der Deutschen Bahn AG nicht weiter wie ein privatisiertes Unternehmen verhält. Wir bitten Sie ferner, dass sich der Vorstand der Deutschen Bahn AG gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Bundesverkehrsministerium der Verantwortung in vollem Umfang stellen – und auch den „Zug der Erinnerung“ angemessen unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis „Bahn für Alle“

"Bahn für Alle" ist ein Bündnis von 15 Organisationen aus Globalisierungskritikern, Umweltschutzverbänden, politischen Jugendverbänden und Gewerkschaften und setzt sich ein für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand. Träger des Bündnisses sind Attac, Bahn von unten, BUND, Bürgerbahn statt Börsenbahn, Eurosolar, Grüne Jugend, Grüne Liga, IG Metall, Jusos in der SPD, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, Robin Wood, Umkehr, VCD Brandenburg und Ver.di.